



IRS

Leibniz-Institut für
Regionentwicklung
und Strukturplanung

11. WERKSTATTGESPRÄCH

NEUE FORSCHUNGEN ZUR DDR-PLANUNGSGESCHICHTE

21.-22. Januar 2010

ABSTRACTS DER VORTRÄGE

(Die Verantwortung für den Inhalt der Abstracts liegt beim jeweiligen Autor)

Zwischen Fortschrittsglauben und Zukunftssehnsucht – Kaliningrad als westlichste Stadt der Sowjetunion 1945-1970 - Dr. Per Brodersen (Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn)

Die Eroberung, Einnahme und Besetzung Königsbergs war eine Art Neuformatierung jenes Raumes, in dessen Koordinaten sich die 700-jährige Geschichte Königsbergs vollzogen hatte. Hier wurden nach 1945 Sowjetbürger vor allem aus Zentralrussland angesiedelt, die Königsberg nur aus Gerüchten und vom Hörensagen kannten und sich kein eigenes Bild von dieser Region an der Ostsee machen konnten. Auf lange Zeit herrschte in Kaliningrad die Vorstellung von einer feindlichen deutschen Vergangenheit der Region, der kein Blick zurück zu gelten habe und der nur durch Aufbauleistung als Schritt in eine strahlende Zukunft zu entgehen sei.

Innerhalb des ersten Nachkriegsjahrzehnts fanden die Zerstörungen des Krieges eine Antwort im Aufbaupathos der Propaganda mit einem Wertekanon jenseits regionaler Spezifika. Mit den 1950er Jahren wichen die utopischen Vorstellungen für Kaliningrad zunächst einer gemäßigeren Lesart der Zukunft des Gebietes. Nun stand kein überzogen ideologisiertes Bild von Gebiet und Stadt mehr im Vordergrund; vielmehr überwogen moderat gewandelte Vorstellungen im Geiste einer „Technik als Kultur der Zukunft“ (K. Gestwa), die auch für Kaliningrad positive Veränderungen in Form konkreten Wiederaufbaus bringen mochten. Eine Radikalisierung erhielten diese Vorstellungen erst wieder im Rahmen der programmatischen Erklärung des Aufbaus des Kommunismus in der UdSSR zu Beginn der 1960er Jahre.

Dabei hatte der durch den Stalinismus geprägte Technikstil auch nach dem Tode Stalins 1953 keineswegs an Wirkungskraft verloren - auch in Kaliningrad wurde der Fortschritt zum Fest und hier sollte die kommunistische Mustergesellschaft zuerst Gestalt annehmen.

Die "Ostmoderne" als Objekt der Denkmalpflege? **- Dr. Andreas Butter (IRS, Erkner)**

Die Architektur der Nachkriegsjahre gehört zu den besonders gefährdeten Bereichen des Baubestands in Deutschland. In diesem Vortrag wird die Frage gestellt, warum dies so ist und ob mit dem Abriss von immer mehr Zeugnissen dieser Bauperiode ein kultureller Verlust entsteht.

Neben der objektiven Wertminderung durch Vernutzung und Verwahrlosung sind viele Bauten der Wiederaufbaujahre einer ästhetischen Entwertung ausgesetzt, die nicht selten fundamental modernekritischen Haltungen entspringt und an den Vertretern der „Ostmoderne“ zusätzlich politisch motiviert sein kann. Ziel der Ausführungen ist es, Einblick in die unterschiedlichen Motive und Handlungsweisen beim Umgang mit den Gebäuden zu schaffen.

Nach einer Einführung in grundlegende Fragen zum Selbstverständnis der Denkmalpflege und in die Kriterien zur Bestimmung denkmalwürdiger Bauten geht es um Fragen zum Denkmalwert von baulichen Zeugnissen der Moderne allgemein.

Im Kontext einer Erinnerungskultur, die gerade vom politischen Standpunkt aus kritisch bewertete Epochen nicht ausklammern darf, wird die Fragestellung in Hinsicht auf die DDR-Architektur spezifiziert. Im Anschluss sollen Vergleichsdarstellungen deutlich machen, wie sehr die Wahrnehmung der Nachkriegsarchitektur heute von der Intention der Erbauer abweichen kann – ein Phänomen, das diese Bauten mit vielen älteren verbindet, doch vielleicht zu anderen Bewertungen führt.

Der Dresdner Kulturpalast - Vom Werden eines beispielhaften modernen Baudenkmals und den anhaltenden Versuchen seiner Destruktion

- Susann Buttolo (Technische Universität Dresden)

Betrachtet man den Kulturpalast am Dresdner Altmarkt, wie er sich als moderner Kubus fast selbstverständlich in das Stadtbild Dresdens einfügt, ist ihm nicht anzusehen, welch über Jahre dauernder Prozess des Entwerfens und Verwerfens dem Bau vorangegangen war. Wenn aber Walter Ulbricht den Architekten trotz aller Anerkennung den verdienten Nationalpreis der DDR mit den Worten „Sie haben ihn verhunzt!“ verweigert, kann eine spannende Planungs- und Baugeschichte vermutet werden. Denn so wird eine Kontroverse deutlich, die nicht nur vom Wandel architektonischer bzw. städtebaulicher Leitbilder oder von volkswirtschaftlichen Problemen der DDR geprägt war. Vielmehr lässt sich an ihr die vehemente Einflussnahme des Partei- und Staatsapparates auf die Planungen in den Aufbaustädten nachweisen, gegen die sich vielfach Widerstand formierte. Mit ihrem beharrlichen Eigensinn konnten die Architekten ein Einlenken der politischen Instanzen bewirken und (begünstigt durch einen sich im Laufe der Planungszeit geänderten Kulturbegriff) statt dem politisch gewollten „Haus der sozialistischen Kultur“ ein vielfältig nutzbares Kulturhaus für das Volk erbauen.

Mit dem 1969 feierlich eröffneten Kulturpalast entstand in Dresden nicht nur ein funktional und formal-ästhetisch überzeugendes, sondern auch ein in der Fachwelt als vorbildhaft geltendes Beispiel der Nachkriegsmoderne, das von der Bevölkerung und der Architektenschaft gleichermaßen begeistert angenommen wurde. Folgerichtig steht er seit 2008 unter Denkmalschutz. Dennoch hat das Gebäude einen schweren Stand. Während sich die unmittelbar nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten (1990) verbreiteten Darstellungen, der Kulturpalast habe vor allem als Stätte „sozialistischer Indoktrination“ gedient, als haltlos erwiesen, bedrohen die anhaltenden Diskussionen zur Akustik des großen Festsaaes den Erhalt des Gebäudes. Unumstritten ist, dass der große Saal nicht den heutigen akustischen Ansprüchen des Hausorchesters (der Dresdner Philharmonie)

entspricht und dass das inzwischen 40 Jahre alte Kulturhaus sanierungsbedürftig ist.

In der Diskussion wird aber nicht berücksichtigt, dass die besondere Qualität des Kulturpalastes nicht die eines hochrangigen Konzerthauses, sondern seine funktionale Vielseitigkeit ist. So schrieb die Stadt Dresden einen (jüngst entschiedenen) Ideenwettbewerb unter anderem mit der Vorgabe aus, den Festsaal in einen Konzertsaal zu verwandeln, obwohl der (noch) allen Kunstgattungen offen stehende Multifunktionssaal häufig bei ausverkauftem Haus bespielt wird. Im Falle der Umsetzung des Vorhabens wird der Kulturpalast zu großen Teilen aufgegeben.

Stadt, Land, Fluss – Potsdams Kulturlandschaft als prägende Prämisse für Siedlungen und Wohnanlagen während der NS- und DDR-Zeit. Traditionslinien, Kontinuitäten und Brüche - Edda Campen (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam)

In meiner Dissertation „*Bauten für das Volk? Wohnungsbau im Spannungsfeld von Tradition und Moderne 1933 bis 1989 in Potsdam*“ reflektiere ich in Fallstudien neben bau- und planungsgeschichtlichen Fragen auch Frei- und Grünflächenplanungen. Ich erörtere dabei den Umgang mit der über Jahrhunderte entwickelten historischen Potsdamer Kulturlandschaft. Nicht nur das gebaute Erbe der Stadt wirkte architektonisch wie städtebaulich prägend auf die Planungen der Siedlungen und Wohnanlagen, sondern auch die dazu in Wechselbeziehung stehende spezifische geographische Lage der Stadt inmitten der Havel- und Seenlandschaft. Die Fallstudien legen Facetten in der Haltung der Machthaber zur Stadtgeschichte und zur Potsdamer Kulturlandschaft offen. Die Wohnbauten und Freiflächen sind modifiziert alle noch heute genutzt.

„*In herrlicher Lage an der Havel*“, so beginnt 1943 die Beschreibung eines architektonisch wie städtebaulich ambitionierten Siedlungsprojektes für Geschosswohnungsbauten mit 503 Kleinwohnungen, welches vom nationalsozialistischen Potsdamer Oberbürgermeister „*General Friedrichs*“ 1935 bis 1938 als neuer Stadtteil realisiert wurde. Die Gestaltung des Außenraumes verbindet symmetrische, hierarchische Ordnungsstrukturen mit einer weitläufigen, offenen Lage am Ufer der Havel. Potsdam als „*Landschaftsstadt*“ steht hier als traditionsgeprägtes Leitbild im Kontrast zu gemeinen nationalsozialistischen Stadtgestaltungskenntnissen.

Die 1949 bis 1951 erbauten vier Wohnheime zukünftiger „*Volksrichter*“ wurden unweit der Havel im Park Babelsberg in unmittelbarer Nähe zum Schloss Babelsberg errichtet, wo seit 1946 eine „*Volksrichterschule*“ untergebracht war, die später in die „*Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft*“ aufging. Die anspruchsvollen modernen Laubenganghäuser profitierten vom historischen Grün – und stellten eine

Schleuse für nachfolgende Bauten bis in die 1980-er Jahre im Park Babelsberg dar. Die zeitgenössische Debatte um den genauen Standort der Wohnheime unter Einflussnahme von Hans Scharoun legt Legitimationskonflikte im lokalen Herrschaftsraum offen. Die Standort- und Nutzungsfrage stellt sich heute – inmitten einer UNESCO-Welterbestätte – erneut.

Der Bruch mit dem historischen Stadtgrundriss erfolgte in Potsdam ab 1961 mit der Realisierung des „Zentrum Süd“ unweit des Stadtkerns. Die ersten drei 1961 bis 1963 durch „Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften“ errichteten Hochhäuser weisen zu allen Seiten Balkone, Laubengänge und Dachterrassen auf. Für die Bewohner geben sie so den Blick auf die neue „Stadtlandschaft“ und die nahe Freundschaftsinsel frei. Nach Niederlegung der älteren Uferbebauung – in Nachbarschaft zum seinerzeit gerade abgerissenen Stadtschloss – begrenzt eine breite Uferzone am Seitenarm der Havel das Wohnviertel. Diese Grünfläche ist Teil eines zentralen Naherholungsgebiets, steht aber heute im Zuge der Rekonstruktionsbestrebungen der alten Potsdamer Stadtmitte zur Diskussion.

Zu Beginn des letzten Jahrzehnts der DDR wurde mit der Verkleinerung der Neustädter Havelbucht eine natürliche Landschaftsressource umformuliert und ein zentral gelegenes Massenwohnungsbaugelände begründet. Dessen drei mehrgeschossige Wohnscheiben nehmen bemerkenswerterweise die Arrondierung der Bucht auf. Zugehörig zum „Wohnkomplex Wilhelm-Külz-Straße“ stellen die 1979 bis 1981 in industrieller Bauweise errichteten Bauten und ihre Außenraumgestaltung eine innenstädtisch und zugleich bevorzugt am Wasser liegende Großsiedlung dar. Der Blick von der Terrasse des Weinbergschlosses Sanssouci offenbart die Konfrontation zur preußischen Kulturlandschaft.

„Das neue Erfurt ist eine alte Stadt.“ Stadtplanung in Erfurt nach 1945

- Dr.-Ing. Mark Escherich (Bauhaus-Universität Weimar)

Erfurt nimmt unter den DDR-Bezirkstädten in stadtplanerischer Hinsicht eine besondere Rolle ein. Während in anderen Städten flächenhafte Zerstörungen (Berlin, Dresden, Leipzig) und neue administrative Aufgaben (Neubrandenburg, Suhl) die Stadtplanung der Nachkriegszeit bestimmten, waren dort die Rahmenbedingungen andere. Die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges boten gerade keinen Freibrief für den Einzug einer modernen Stadt. Die 1948 erlangte thüringische (Landes-)Hauptstadtwürde ging bereits 1952 mit der Bezirksgliederung wieder verloren und ähnlich der Stadt Halle war man von flächenhaften Zerstörungen verschont geblieben. Die modernen Planungsideen der Nachkriegszeit fanden somit keinen fruchtbaren, sprich geräumten Boden vor. Die Wertschätzung des weitgehend mittelalterlich strukturierten Stadtkerns, der durch besondere Umstände der Stadtgeschichte weder im Barock noch während der Zeit der Industrialisierung größeren Wandlungen unterworfen war, steigerte sich damals sogar noch im Bewusstsein um die anderenorts zu beklagenden Stadtverluste. Trotz der in Erfurt sehr verbreiteten Verehrung der „alten deutschen Stadt“ setzte sich Ende der 1950er Jahre das Leitbild der offenen und durchgrüntem Stadträume auf die Stadtplanung durch.

Der Vortrag skizziert die Stadtplanung zwischen 1945 und den 1970er Jahren vor dem Hintergrund des baulichen Erbes der Thüringen-Metropole, welches so umfassend erhalten geblieben war, dass größere innenstädtische Bauprojekte vorerst ausblieben. 1966/67 bestätigte das Büro des Stadtarchitekten Walter Nitsch den Altstadtbereich als uneingeschränkten Ort der politisch-gesellschaftlichen Machtrepräsentation. Planungen zu einem sozialistischen Stadtzentrum, wie sie allerorten entstanden, sollten erst mit zeitlichem Versatz zu Abbrüchen und Neubauten führen. Von der Gratwanderung zwischen Stadterhaltung und Neudefinition sprach ein Planungsdokument: „Die kulturhistorische Aufgabe unserer wissenden Generation wird es sein, dieser

Stadt einen neuen, sozialistischen Inhalt und Ausdruck zu geben, ohne dabei die Spuren der Geschichte (zu) verwischen.“ Wohl wissend um die vorprogrammierten Kollisionen begann man erste vorsichtige Schritte in Richtung der Altstadtsanierung.

Bürobauten vom „Typ Leipzig“ – Bautechnik, Architektur, Städtebau - *Dr. Roman Hillmann* (Humboldt-Universität und Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin)

1975 berichtete die Zeitschrift „Architektur der DDR“ von einem Bürobausystem, das durch Stahlskelettragwerk und farbige Curtainwallfassade aus Aluminium charakterisiert wurde, dem sogenannten „Typ Leipzig“. Inventarisierungen der in Berlin und Brandenburg errichteten Gebäude sowie die dokumentierende Begleitung zweier Abrisse, anhand derer die Bautechnik visualisiert werden kann, bilden die Grundlage des Vortrags. Er stellt zugleich einen Werkbericht dar, da ich fortlaufend zu den Planern und Varianten recherchiere. Der Typ stand anscheinend am Anfang eines Stammbaumes von Curtainwallsystemen, die die Profile der 1950er Jahren ergänzten. Seine Eigenart liefert zugleich einen Hinweis auf die Vielfalt trotz Typung: Die Gebäude in den Farben Grün, Gelb, Ocker, und Rot verweisen darauf, wie bautechnische Entwicklungen ästhetisch aufgefasst wurden und im Fall dieses Typs einen „poppigen“ und charaktervollen Bau in die Stadtlandschaft in der DDR brachten. Er fand bisher wenig Beachtung. Der Vortrag erläutert daher zunächst die Konstruktion und deren künstlerische Wirkung und führt dann vor, wie verbreitet die auf dem Typ fußenden Glasfassaden gegen Ende der DDR waren und sowohl als attraktives Dekorationselement als auch als spannungsvolle Komposition im Kontrast zu massig wirkenden Betonbauten im Städtebau Anwendung fanden. Letztlich erklärt sich aus solchen Tendenzen in der Auffassung des Äußeren wichtiger Bauten auch die Ästhetik des „Palasts der Republik“: Gläsern, aber von außen gesehen nicht durchsichtig.

Die Last einer feindlichen Vergangenheit. Wiederaufbauplanung und Geschichtspolitik in Kaliningrad nach 1945 - *Dr. Bert Hoppe* (Berlin)

Mit der programmatischen Umbenennung von Königsberg in "Kaliningrad" begann der erstaunliche Versuch, einer Stadt nicht nur einen neuen Namen zu verleihen und mit einer gänzlich neuen Bevölkerung zu besiedeln, sondern ihr zudem eine neue Vergangenheit zu verleihen. In der europäischen Geschichte hat es vor allem seit dem Ende des 19. Jahrhunderts häufig Bemühungen gegeben, durch historisch hergeleitete Ansprüche die Annexion einer Region zu bekräftigen und zu rechtfertigen. In Kaliningrad gipfelte diese Entwicklung in den Anstrengungen, den "Erinnerungsort Königsberg" durch einen neuen "Erinnerungsort Kaliningrad" zu ersetzen und somit beinahe sämtliche Brücken in die Vergangenheit abzurechen. Dies sollte nicht nur im übertragenen, sondern auch im wörtlichen Sinne geschehen, denn die Bauten aus deutscher Zeit wurden von den neuen Machthabern in erster Linie als Zeugnisse eines jahrhundertelangen Besatzungsregimes gewertet, die es zu beseitigen gelte. Aufgrund des schleppenden Wieder- und Neuaufbaus des sozialistischen Kaliningrads wandelte sich in der neu zugezogenen Bevölkerung und insbesondere in der nachgewachsenen Generation jedoch nach einigen Jahren das Verhältnis zu diesen Gebäuden, die mittlerweile zum Ankerpunkt einer sich entwickelnden regionalen Identität geworden waren und somit auch zur deutschen Vergangenheit der Stadt. Der Beitrag untersucht in diesem Zusammenhang insbesondere die Konflikte zwischen der in Ansatzpunkten entstehenden Öffentlichkeit, die für eine Revision des offiziellen Geschichtsbildes von Königsberg eintraten und der Partei, die in diesen Revisionsversuchen einen Angriff auf das politische System erblickte.

Raum für Kritik? Fachzeitschriften und kritische Öffentlichkeit in der DDR in den 1970er und 80er Jahren - *Torsten Lange (London)*

Der Zusammenbruch des sozialistischen Regimes in der DDR in den Herbstmonaten 1989 besiegelte nicht nur das Ende der für vierzig Jahre existierenden politischen und sozialen Strukturen, er bedeutete gleichermaßen auch die Auflösung spezifischer, an diese Strukturen gebundene Öffentlichkeiten und deren charakteristische Formen der Kommunikation und des Diskurses. Architektur und Stadtplanung nahmen eine zentrale Stellung in der Schaffung sozialistischer Öffentlichkeiten ein. Im Gegenzug ließe sich vermuten, dass den Disziplinen, aufgrund ihrer besonderen Rolle in der materiellen und räumlichen Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft, eine ebenso große Bedeutsamkeit in öffentlichen Debatten beigemessen wurde. Aus der Frage, wie sich das Regime in der Abwesenheit von Kontroversen über vierzig Jahre nicht nur erhalten, sondern auch entwickeln konnte, kann man die Fragestellung ableiten, wie sich Architektur und Städtebau entwickelten und veränderten, wenn eine breite öffentliche Debatte über beide nicht existierte, wie Bruno Flierl in seinem Essay 'Stadtplaner und Architekten im Staatssozialismus in der DDR' aus dem Jahre 1993 anmerkte. Gab es keine architektonische Öffentlichkeit in der DDR? Oder, sollte es sie gegeben haben, wo existierte sie, und wie war sie beschaffen? Das Ziel meines Beitrages ist zum einen, die Untersuchung ausgewählter Medien (Periodika) aus den Bereichen Architektur und Gestaltung im Zusammenhang mit dem sich in den letzten 20 Jahren der DDR vollziehenden Paradigmenwechsel in Städtebau und Architektur. Des Weiteren werde ich im Zuge der Betrachtung dieser verschiedenen Medien unterschiedliche Öffentlichkeitsmodelle diskutieren, die Frage nach dem Vorhandensein von Räumen für Kritik innerhalb, an den Rändern und außerhalb der Disziplinen und ihrer Organe beleuchten sowie Grenzen kritischen öffentlichen Denkens und Handelns aufzeigen.

Stadtökologische Belange in der räumlichen Planung Ost-Berlins bis 1990

- Dr.-Ing. Sonja Pobloth (Technische Universität Berlin)

In Ost-Berlin, Hauptstadt der DDR, gab es keine rechtlich verankerte Landschaftsplanung wie im Westteil der Stadt, wo Landschaftsplanungsinstrumente auf mehreren räumlich-administrativen Ebenen Umwelt- und Freiraumbelange in die räumliche Planung einbrachten, beeinflusst von einer starken stadtökologischen Forschung.

Gab es in Ost-Berlin dennoch Planungen oder Planungsgrundlagen, die Umwelt- und Freiraumbelange vertraten? Inwiefern wurde hier stadtökologisches Wissen in die räumliche Planung eingebracht? Diesen Fragen soll im Vortrag nachgegangen werden. Der Blick reicht räumlich von der regionalen Ebene – z.B. einem (Landschafts-)Planungsatlas für die Stadt-Umland-Region – über die gesamtstädtische Ebene – z.B. dem Freiflächenschema im Generalbebauungsplan – bis hin zur teilräumlichen Ebene – z.B. Bebauungskonzeptionen für den Komplexen Wohnungsbau. Zeitlich liegt der Schwerpunkt auf den 1980er Jahren.

Grundlage hierfür ist meine Doktorarbeit zur Geschichte der Landschaftsplanung in Berlin im Zeitraum 1979-2004 (samt Vorgeschichte), die bis 1990 v.a. eine Westberliner „Geschichte“ ist. Daher bildet das west- bzw. gesamtdeutsche Planungssystem mit seinen Hierarchien und die spezifische Westberliner Situation einen Vergleichshintergrund. Die Arbeit basiert methodisch auf biographisch-narrativen Interviews mit Akteuren der Planung und Stadtökologieforschung in Berlin sowie einer Literatur- und Dokumentenanalyse.

Die Platte. Wahrzeichen und Wahrnehmung im Zeitenwandel **- Prof. Dr. Adelheid von Saldern (Göttingen/Hannover)**

Die Ausführungen konzentrieren sich auf die Frage, welche Bedeutung der Platte für die Geschichtsschreibung über die DDR zukommt. Aus damaliger Sicht, vor allem aus dem Blickwinkel der DDR-Führungselite, symbolisierte die Platte die Überwindung der Wohnungsnot und des Wohnungselends, zudem eine weit verbreitete Wohnzufriedenheit, außerdem die positiven Effekte eines zentralisierten Rationalisierungskurses im Bauwesen, ferner die soziale Gleichheit im Wohnbereich und einen geordneten Wohnalltag im Sozialismus. Die Platte fungierte darüber hinaus in den Augen vieler, vor allem in ihrer Anfangszeit, als Symbol der Zukunftsfähigkeit des Regimes und des erreichten Weltniveaus im Bauwesen.

HistorikerInnen sollten in einer Geschichte der Platte indessen die genannten Sichtweisen differenzierter darstellen und gewichten sowie auch andere Aspekte heraus arbeiten, etwa den Planungsrigorismus und die Ressourcenknappheit. Die Platte verkörperte aus heutiger und zum Teil schon aus damaliger Perspektive weniger die DDR-Zukunft, sondern mehr die DDR-Gegenwart und -- mit Blick auf die Gesamtstadt der 1980er Jahre -- die weit hin sichtbaren Verfallserscheinungen. An Hand der Untersuchung von Wohnungseinrichtungen und der kritischen Äußerungen von BewohnerInnen können darüber hinaus die zunehmenden Individualisierungstendenzen offen gelegt und ihre Bedeutung für die Gesamtgesellschaft analysiert werden. Schließlich diente nach 1989 die Platte als Projektionsfläche bei Bewertungen des Regimes und des Alltags in der DDR.

Die Darstellung der „Platte“ im deutschen Spielfilm - Tanja Scheffler (Technische Universität Dresden)

Es gibt Filmszenen, die wirken noch lange nach. Die trostlose Situation der Jugendlichen in Marzahn in „Insel der Schwäne“ (DDR 1983), die sich beim Kampf am ungesicherten Aufzugsschacht eines Hochhauses im Rohbau entlädt, gehört dazu. Aber auch Ellens verzweifelte Suche nach dem entflohenen Wellensittich „Er müsste doch gut zu erkennen sein, so gelb in so einer tristen Gegend.“ offenbart in „Halbe Treppe“ (D 2002) die nicht vorhandene Freiflächengestaltung zwischen den riesigen Betonstrukturen der Siedlung.

Im Gegensatz zum französischen "Banlieue-Film", der seit den 1990er Jahren die problematische Situation in den Trabantenstädten von Paris meist nur noch zu Horrorszenarios mit gewalttätigen Jugendlichen verdichtet, zeigen die deutschen Filme über Plattenbausiedlungen ein vielschichtigeres, aber meist ebenfalls negatives Bild.

Immer wieder wird die stereotype Monotonie und die enorme Größe der Siedlungen thematisiert. Das fehlende kulturelle Angebot, die zunehmende Isolation der Bewohner (vor allem der Frauen), ergänzt durch eine gegenseitige Überwachung „hinter jedem Fenster sitzt ein Mensch, und hundert Augen passen auf“ („Insel der Schwäne“) sowie die mangelnden Spielmöglichkeiten für die Kinder ergeben, wie in „Die Architekten“ (DDR 1990), ein die Familien oft zerstörendes Konglomerat. Andere Filme, wie „Die Legende von Paul und Paula“ (DDR 1973), vergleichen die Wohnverhältnisse in den Altbauten mit ihrem gewachsenen Umfeld sogar direkt mit denen in den Plattenbauten.

Sehr interessant ist dabei auch, welche Bereiche der Gebäude die verschiedenen Bewohnergruppen nutzen. Während die älteren Protagonisten sich meist in ihre eigene Wohnung zurückziehen (und lautstarke Beschwerden durchs offene Fenster in den Hof hinunterbrüllen), eignen sich die Jugendlichen sämtliche halböffentliche Bereiche der Siedlungen an. Sie lungern dabei oft und gerne auf den Dächern, vor den Hauseingängen, in den Fluren oder in den Kellern rum und offenbaren dadurch im Film auch die Problemzonen dieser Wohnkomplexe.

„'n Stückchen Frechheit“ – „Schwarzbauten“ im Herrschaftssystem der DDR - *Dr. Philipp Springer* (Berlin)

Ob Laube im Kleingarten oder Kulturhaus in einer großen Industriestadt – „Schwarzbauten“ waren in der DDR fast an der Tagesordnung. Sie gehörten zu den Mitteln, mit denen sich Privatleute, aber auch Kommunen und Betriebe im von der Mangelwirtschaft geprägten sozialistischen Alltag einrichteten. Der Umgang der Partei- und Staatsorgane mit diesem Phänomen, das in einer Grauzone zwischen Legalität und Illegalität lag, war ambivalent. Anhand von Beispielen aus der Industriezone der DDR lassen sich Abläufe und Strukturen, durch die es zu „Schwarzbauten“ kommen konnte, nachzeichnen und Erkenntnisse über die zentrale Bedeutung dieser Bauten für das städtische Selbstverständnis gewinnen. Schließlich spielten die „Schwarzbauten“ eine nicht unwesentliche Rolle für die (relative) Stabilität des Herrschaftssystems der DDR auf der lebensweltlichen Ebene.

**Standardisierung und Differenz– Massenwohnungsbau in
Moskau und Ost-Berlin vor und nach der Wende
– Prof. Dr. *Florian Urban* (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und
Raumforschung, Bonn)**

Der standardisierte, industrielle Massenwohnungsbau ist bis heute das hervorstechendste Merkmal vieler mittel- und osteuropäischer Städte. Das Versprechen staatlich garantierter gleicher Wohnverhältnissen für alle, der die Moderne in ihrer sozialistischen Spielart mehr noch als im Westen bestimmte, ist jedoch nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene einer zunehmenden sozialen Ungleichheit gewichen. Bereits unter dem sozialistischen Regime differenzierten sich die Produkte der staatlichen Gleichheitsprogramme. „Die Platte“ in Ost-Berlin und Moskau vor und nach dem Ende des Sozialismus steht für die vielfältigen Erscheinungsformen einer nur scheinbar unterschiedslosen globalen Moderne, die von kulturellen Eigenheiten ebenso geprägt wurden wie von lokalen Zusammenhängen.

Die Inszenierung der Natur und des Freiraums auf den Internationalen Gartenausstellungen der DDR und der Bundesrepublik - *Kristina Vagt* (Hamburg)

Internationale und nationale Ausstellungen zu unterschiedlichen Themengebieten dienten nach dem Zweiten Weltkrieg in beiden deutschen Staaten zur wirtschaftlichen Kontaktaufnahme und politischen Repräsentation – auch im Zeichen der Systemkonkurrenz. Gartenbauausstellungen wurden außerdem als Instrument des Wiederaufbaus der Städte veranstaltet und bildeten das zeitgenössische Verständnis der Natur im urbanen Raum ab. Anders als bei Gewerbe- und Industrieausstellungen, die oft technik- und fortschrittsoptimistisch orientiert waren, vermischten sich auf den seit dem 19. Jahrhundert durchgeführten Gartenbauausstellungen stärker Aspekte von Tradition und Moderne.

Im Mittelpunkt stehen die Freiraumplanungen und die Inszenierung der Natur auf der „Ersten Internationalen Gartenbauausstellung der Sozialistischen Länder“ 1961 in Erfurt und der „Internationalen Gartenbauausstellung“ 1963 in Hamburg sowie ihre Funktionen in Bereichen wie Kultur, Erholung und Freizeitgestaltung. Einbezogen werden weitere Veranstaltungen, die in beiden Städten in den 1950er bis 1970er Jahren stattfanden.

Mit dem doppelten Zugriff sollen Beziehungen, Abgrenzungen und Parallelen zwischen beiden Veranstaltungen aufgezeigt werden. So wurde in Erfurt die Gestaltung zwar immer auch ideologisch begründet, doch griff der Landschaftsarchitekt Reinhold Lingner auf ein traditionsreiches Repertoire von Gestaltungsmitteln zurück und bezog zeitgenössische internationale Trends ein.

Propaganda, Kritik, Image-Bildung: Architektur in den Medien im geteilten Berlin (1950-1975)

- Dr. Stephanie Warnke (Technische Universität Dresden)

Der Systemwettbewerb wurde im geteilten Berlin intensiv auf dem Feld von Architektur und Städtebau ausgetragen. Damit Architektur überhaupt eine solche öffentliche Bedeutungsaufladung erfahren konnte, bedurfte sie der ausführlichen Repräsentation in den Massenmedien. In Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, in Film, Fernsehen und Radio wurden daher die großen Wiederaufbauprojekte in Ost- und West-Berlin immer wieder besprochen. Dabei machten sich die Medien zum Sprachrohr für Propaganda, übten Kritik oder verbreiteten konsumierbare Stadt-Images. Trotz aller Systemunterschiede und Abgrenzungen bestand dabei ein enges Netz von Wechselbeziehungen zwischen den beiden Stadthälften. An Beispielen aus Ost-Berlin werde ich in meinem Vortrag zeigen, auf welche Weise der dortige Wiederaufbau in den verschiedenen Medien für Propaganda genutzt wurde, Gegenstand von Kritik war und zur Herausbildung eines spezifischen Ost-Berliner Stadt-Images beitrug. Dies geschah stets mit Bezug auf das Baugeschehen auf der anderen Seite der Mauer und provozierte eine Vielzahl direkter Reaktionen in den West-Berliner Medien. In der Rückschau überrascht, wie stark sich die Bewertung einzelner Projekte oder ganzer Architekturstile seitdem gewandelt hat.

Der Architektenberuf in der DDR - Tobias Zervosen (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich/Berlin)

Sehr viel stärker als den einzelnen Architekten und Stadtplaner haben die Forschungen zu Architektur und Städtebau der DDR bislang vor allem Akteure aus Staat und Partei in den Blick genommen, um das Erscheinungsbild von Architektur und Städtebau zu erklären. Der Einfluss der Fachleute trat dabei stark in den Hintergrund und wurde oftmals darauf reduziert, die Architekten als bloße ausführende Organe der offiziellen Baupolitik zu verstehen. Auf Grund der Vergesellschaftung des Architektenberufs im sozialistischen Staat schienen Fragen der fachlichen Autonomie und der Umsetzung individueller Architekturvorstellungen kaum noch eine Rolle zu spielen.

Genau hier setzt der Vortrag an und nimmt im ersten Teil das Berufsbild des Architekten in der DDR genauer in den Blick. Dabei wird sich zeigen, dass es nie zum völligen Bruch mit klassischen Professionsmodellen kam. Stattdessen hielten Architekten in vielen Fällen an einem beruflichen Selbstverständnis fest, das den Anspruch auf fachliche Einflussnahme und Elemente beruflicher Autonomie einschloss. Überraschenderweise griff der Staat hier nicht nur sanktionierend ein. Entgegen der offiziellen Leitlinie nutzte er den Wunsch der Architekten, an zentrale Aspekte ihres traditionellen Berufsbildes anzuknüpfen, mitunter auch für die eigenen Bedürfnisse und Ziele.

Anhand der so genannten ‚Wende im Bauwesen‘ (1954/55) wird in einem zweiten Teil exemplarisch gezeigt werden, dass Architektur und Städtebau der DDR letztlich immer nur aus dem Zusammenwirken von Staat und Architektenschaft heraus erklärt werden können. Ausführlich wird dabei dargestellt werden, dass die nach der Chruschtschow-Rede eingeleitete Industrialisierung des Bauens erst auf massiven Druck aus der Architektenschaft und nach einer langen fachinternen Diskussion auch zu einer Erneuerung der Architektursprache im Geiste der architektonischen Moderne führte.

**„Es wird Zeit, daß der Mann pensioniert wird.“
Über die Versuche des MfS den Genossen und Garten-
architekten Reinhold Lingner als Kontaktperson zu gewinnen
- Axel Zutz (Berlin)**

Der Beitrag stellt Aspekte aus der Stasi-Akte des Gartenarchitekten Reinhold Lingner (1902–1968) vor, die 1957/58 mit dem Ziel einer Gewinnung Lingners als Informanten angelegt worden ist.

Das SED-Mitglied Lingner hatte zu diesem Zeitpunkt die für einen DDR – Gartenarchitekten ranghöchsten Funktionen inne: Er stand seit 1949 im Institut für Bauwesen der Akademie der Wissenschaften der DDR der Abteilung Landschaft vor, die er ab 1951 als Abteilung Grünplanung des Instituts für Städtebau und Siedlungswesen innerhalb der daraus hervorgegangenen Deutschen Bauakademie weiter leitete. 1955 richtete er innerhalb der Architekturwerkstätten des Ministeriums für Bauwesen die höchst produktive Werkstatt für Grünplanung ein, die bis 1958 bestand. Unter anderem erfolgte in dieser Zeit die Projektierung wichtiger Grünplanungen von DDR-weiter Bedeutung, wie für die Stalinallee, die Pionierrepublik „Wilhelm Pieck“ am Werbellinsee, den Kultur- und Sportpark StalinStadt, das Zentrum Frankfurt (Oder), von Vorschlägen für die Gestaltung der Berliner Spreeufer sowie für die Umgestaltung des Treptower Parks zu einem sozialistischen Kulturpark.

Reinhold Lingner stand dem politischen System in der DDR grundsätzlich keineswegs kritisch gegenüber. Zum Zeitpunkt der Aufnahme von informellen Gesprächen mit einem Leutnant der Hauptabteilung III des MfS hatte Lingner bereits höchste Regierungsaufträge ausgeführt, wie den Park am Amtssitz des Präsidenten der DDR in Niederschönhausen und dessen Sommersitz in Prieros, sowie auch den Garten des Ministerpräsidenten der DDR in Pankow gestaltet. Im Institut für Bauwesen saß er der SED–Betriebsgruppe vor. Waren diese Positionen für die Kontaktaufnahme Ausschlag gebend, oder gab es Gründe an Lingners politischer Loyalität zu zweifeln? Eventuell prädestinierte auch ein anderer Umstand Lingner als interessante Kontaktperson für den Staatssicherheitsdienst, schließlich hatte er auch den

Vorsitz der 1952 gebildeten Fachgruppe für Gartenarchitektur und Landschaftsgestaltung innerhalb des Bundes Deutscher Architekten inne und pflegte regelmäßige Kontakte zu westdeutschen und westeuropäischen Kollegen.

Diesen Fragen will der Beitrag 20 Jahre nach Öffnung der MfS-Akten nachgehen und dabei die in den Stasi - Berichten formulierten Bemerkungen unter Einordnung in Lingners fachliche Biographie kritisch kommentieren.